

Anti-Ökologismus in Brasilien: Von schlechender zu offener Gewalt

Andréa Zhouri

Einleitung

Krise ist zu einem Schlüsselwort für die Charakterisierung zeitgenössischer Gesellschaften geworden, insbesondere der brasilianischen (Roitman 2016). Für viele Brasilianer*innen hat die Beschreibung unterschiedlicher Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens – Gesundheit, Umwelt, Politik, Moral, Wirtschaft – als krisenhaft oder als sich in einer Krise befindend Bedeutung. In seiner Bedeutung als Offenbarung, Prozess oder Zustand bietet der Begriff der Krise die Möglichkeit, den Alltagserfahrungen Sinn zu geben. Etwa als eine vorübergehende Phase, die mit konkreten Umständen und Ereignissen in Verbindung gebracht werden kann und sich mit der Veränderung dieser Umstände auflöst oder als ein chronischer, auf Dauer gestellter Zustand (Vigh 2008). Krisenerfahrungen sind in Brasilien seit 2020 mit den Statistiken von Toten und Infizierten der Corona-Pandemie und mit Bildern der Umweltzerstörung verbunden. Beispiele für Letztere sind Bilder von der Ölpest an der Nordostküste des Landes, den Waldbränden im Amazonas und verstümmelten Tieren, von Umweltschützer*innen, die wegen Brandstiftung verhaftet werden, von gewaltsam vertriebenen traditionellen Gemeinschaften in Jureia und von ermordeten, toten oder kranken Mitgliedern indigener Gemeinschaften. Diese apokalyptischen Bilder wecken Erinnerung an die Krisen der Vergangenheit, als die Bilder des in Flammen stehenden Amazonas weltweit Schlagzeilen machten und Aktivist*innen wie Chico Mendes, Cacique Raoni und José Lutzemberger international Alarm schlugen.

Die 1980er Jahre sind als Jahrzehnt der Umweltzerstörung in die Geschichte Brasiliens eingegangen. Sie sind aber auch das Jahrzehnt einer sich formierenden sozial-ökologischen Bewegung in Brasilien. Diese bildete sich unter dem Einfluss der „Allianz der Völker des Waldes“ (*Aliança dos Povos da Floresta*) heraus – einem Zusammenschluss unterschiedlicher Bewegungen und Akteur*innen wie den Kautschukzapfer*innen von Acre und den indigenen Bewegungen, die gegen den Bau großer Staudämme im Amazonasgebiet mobilisierten. Vom indigenen Widerstand gegen das

Wasserkraftwerk Belo Monte am Rio Xingu im Amazonas sind viele Bilder in Erinnerung geblieben. Etwa das der Indigenen Tuíra mit erhobener Machete, mit der sie den Präsidenten des Betreiberunternehmens des Staudamms *Eletronorte* bei einer öffentlichen Anhörung im Jahr 1989 gegenübertrat. Andere symbolische Akte des Widerstands sind die Rede des jungen Ailton Krenak, der in einem weißen Anzug und mit einer Gesichtsbemalung aus der Frucht des Jenipapo-Baums die Rechte der indigenen Völker in einer Sitzung der verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 1987 verteidigte.

Es ist nicht überraschend, dass diese Bilder aktuell wieder hervorgerufen werden, in einer Zeit, in der anti-ökologische und anti-indigene Diskurse und Praktiken die staatliche Politik dominieren und die an die Ära vor der Rio-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung von 1992 erinnert. Chaui (1979) und Pollack (1989) betonen, dass unser Gedächtnis die Vergangenheit durch die Brille der Gegenwart in einem Wechselspiel von Erinnern und Vergessen wieder aufleben lässt. In diesem Sinne und auf doppelte Weise erinnert mich die aktuelle politische Lage in Brasilien an meine Jugend. Einerseits erinnere ich mich an die zerstörerischen Kräfte von damals, die heute wieder entfesselt sind. Andererseits beschwört sie Erinnerungen an einen gegenhegemonialen Widerstand herauf, in dem unterschiedliche Bewegungen zur Verteidigung der Umwelt, des Amazonas und der indigenen Völker zusammenkamen.

Wenn das zerbrechliche ideologische Gebäude des Konsenses über nachhaltige Entwicklung nach vier Jahrzehnten beharrlicher Konstruktion zu bröckeln scheint, ist es angebracht an die Geschichte der Kämpfe zu erinnern, die zu einem stärkeren Umweltbewusstsein und Umweltschutz in Gesellschaft und Staat beigetragen haben (Leite Lopes 2006). Spuren dieser „Ökologisierung“ von Gesellschaft und Politik finden sich in wissenschaftlichen Forschungserkenntnissen, der politischen Ordnung und in Institutionen und Gesetzen, insbesondere in der Bundesverfassung Brasiliens von 1988.

Ebenso relevant ist es, über die Reichweite und die Grenzen dieser Ökologisierung nachzudenken, insbesondere mit Blick auf die Ausblendung gesellschaftlicher Antagonismen und sich widersprechender Interessen, die in den vielzähligen und oft jahrzehntelangen territorialen Konflikten um Natur und Umweltschutz zum Ausdruck kommen (Laschefske/Zhouri 2019, Vigh 2008).

Anti-ökologische, chauvinistische, rassistische und anti-indigene Positionen sind konstitutiv für die Geschichte Brasiliens. Heute sind sie Teil staatlicher Politik. Immerhin waren viele Brasilianer*innen von den Erklärungen des Umweltministers Ricardo Salles während eines Ministertref-

fens am 22. April 2020 überrascht. Er schlug vor, die mediale Aufmerksamkeit rund um die Corona-Pandemie zu nutzen, um in deren Schatten, so wörtlich, die „Rinderherde durchzuwinken“ („ir passando a boiada“) und Umweltstandards und -normen zu flexibilisieren. Die Debatte, die aus den Hinterzimmern des Kabinetts auf die öffentliche Bühne staatlicher Politik gelangte, enthüllte eine zweifelsohne umweltfeindliche Regierungsposition. Später, bei demselben Treffen ließ sich der Bildungsminister Abraham Weintraub dazu hinreißen seine Gefühle des „Hasses gegenüber dem Begriff indigene Völker“ zum Ausdruck zu bringen, was wiederum der generellen Grundhaltung der Regierung Bolsonaro entspricht.

Im Folgenden analysiere ich die Diskurse und Positionen, die für die anti-ökologischen und anti-indigenen politischen Denkweisen und Positionierungen konstitutiv sind. Hierüber möchte ich verstehen, wie derartige stets lokal und vereinzelt existierende Positionen in den vergangenen Jahren auf zentralstaatlicher Ebene dominant werden konnten.

Ausgehend von der Re-Demokratisierung des Landes und den internationalen Debatten um nachhaltige Entwicklung (1980er und 1990er Jahre) gliedere ich die Analyse in zwei Teile. Im folgenden Abschnitt identifizierte ich anti-ökologische und anti-indigene Diskurse in Teilen des Militärs und den politischen Eliten der Amazonasregion. Anschließend analysiere ich, wie die liberale Umweltpolitik, die so genannte „Ergebnis- oder Lösungsorientierte Umweltpolitik“ (*ambientalismo de resultados*, Zhouri 2006) den Weg für den Antiökologismus der Gegenwart ebnete. Abschließend argumentiere ich, dass die aktuelle Politik der Flexibilisierung und des Abbaus von Umweltnormen, -gesetzen und -standards als ein Ausdruck „nackter oder offener Gewalt“ (*violência nua*) (Zhouri 2020) verstanden werden muss. Offene Gewalt fasse ich als eine Verschärfung der von Rob Nixon (2011) bezeichneten „schleichenden oder langsamen Gewalt“ (*violência lenta*), die die Wirtschafts- und Umweltpolitik der brasilianischen Entwicklungsstaaten früherer Perioden kennzeichnete. In Form subtiler Gewalt wurden seit den 1990er die Ausweitung des Sojaanbaus und des Bergbaus auf Kosten einer konsequenten Politik der Abgrenzung und des Schutzes von indigenen und afrobrasilianischen Gebieten gefördert. Die Konsolidierung des Neo-Extraktivismus als Entwicklungsmodell zu Beginn der 2000er Jahre ging mit dem Zurückdrängen ökologischer und indigener Schutzgebiete auf der einen und dem Ausbau moderner Infrastruktur mit dem Ziel einer „grünen“ Ökonomie auf der anderen Seite einher (Burchardt/Dietz 2014, Burchardt et al. 2021). Die Ethnographien der in den vergangenen Jahren genehmigten Großprojekte in Brasilien mit einigen Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen belegen den schrittweisen Abbau umweltpolitischer Normen. Unter der Ägide des demokrati-

schen Rechtsstaates und in den so genannten progressiven Regierungen der Region wurde so der Weg für das Entstehen eines Antiökologismus geebnet, der zuvor zwar in bestimmten politischen Nischen angesiedelt war, aber jetzt in Form nackter und offener Gewalt ins Zentrum der politischen Macht gerückt ist (Laschefski/Zhouri 2019).

Rio-92 und die Ausweisung indigener Gebiete: eine internationale Konspiration?¹

In den 1980er und 1990er Jahren bestimmten anti-ökologische und anti-indigene Ideologien die Positionen des Militärs und der politischen Eliten der Amazonasregion. Gleichzeitig erlangten auf internationaler Ebene das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung und die Rechte indigener Völker an Bedeutung. Sich im Kontext der Globalisierung, dem Ende des Kalten Kriegs sowie einer wachsenden globalen Umwelt- und Menschenrechtsbewegung Anfang der 1990er Jahre gegen den Schutz der Umwelt und gegen die Anerkennung der Rechte indigener Bevölkerungsgruppen zu positionieren, war eindeutig anachronistisch. Tatsächlich ermöglichte der Fall der Berliner Mauer und die zunehmende wirtschaftliche, kulturelle und politische Globalisierung die Vorstellung einer neuen Weltordnung. Ein in dieser Hinsicht zentrales Ereignis wie die Rio-Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 wurde von den brasilianischen Militärs und regionalen Eliten jedoch nicht als Ausgangspunkt für globalen Umwelt- und Menschenrechtsschutz verstanden, sondern als internationale Verschwörung zur Besetzung des Amazonas. Im Vorfeld der UNCED-Konferenz diffamierten Angehörige des Militärs und regionale Politiker*innen Umweltaktivist*innen als „Feinde der Nation“ und „Internationalist*innen“. Als Antwort beschuldigten Umweltschützer*innen das Militär seit den 1970er Jahren internationale Investitionen und Naturzerstörungen im Amazonasgebiet zu fördern. Der damalige Verteidigungsminister Leônidas Pires ging so weit zu erklären, dass er für den ersten Umweltminister Brasiliens, José Lutzenberger, „den gleichen Hass empfand wie für den Kommunistenführer Luiz Carlos Prestes“ (*Folha de São Paulo*, 10.12.1991). Umweltbewegte und

1 Dieser Abschnitt stellt eine Aktualisierung von Überlegungen dar, die ich 2010 im *Journal of Environment Development* (19 (3): 252–273) unter dem Titel *Adverse Forces in the Brazilian Amazon: Developmentalism versus Environmentalism and Indigenous Rights* veröffentlicht habe.

Kommunist*innen wurden mithin nicht als Gegner*innen eines reaktionären politischen Projekts regionaler Eliten, sondern als „Feinde der Nation“ gesehen. Die populistisch-diskursive Strategie der Bezeichnung politischer Gegner*innen als Feinde, die eliminiert werden müssen, diente in ländlichen Regionen und im Amazonas zur Verbreitung eines gesellschaftlichen Klimas der Gewalt und Angst. In einem solchen Klima wurden Massaker und die Ermordung von „Anderen“ und „Andersdenkenen“ alltäglich.

1991 organisierten die Armeekommando- und Generalstabsschule (*Escola de Comando e Estado Maior do Exército*, ECEME) gemeinsam mit dem brasilianischen Zentrum für strategische Studien (*Centro Brasileiro de Estudos Estratégicos*, CEBRES) ein Symposium mit dem Ziel, die Öffentlichkeit über die internationale Verschwörung hinter der Rio-92-Konferenz aufzuklären. Dies belegt ein Auszug aus einer Rede von Gilberto Mestrinho, dem damaligen Gouverneur des Bundesstaates Amazonas:

Es gibt also eine Industrie der Mystifizierung, die die Leute glauben macht, dass wir die Bäume nicht fällen können, wegen des Ökosystems, der Symbiose, der Zartheit des Ökosystems Amazonas (...). Aber warum diese Mythen verbreiten und warum diese fast nervöse Sorge um den Amazonas? (...) Satellitenaufnahmen bestätigten, dass sich im Amazonas die größten Mineralvorkommen der Welt befinden (...) Sofort danach, noch in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre und vor allem in den 1970er Jahren, wurde Brasilien von einer Kampagne für die Erhaltung des Amazonas, der Unberührtheit des Amazonas überrollt. Ich erinnere mich gut daran, dass in dieser Zeit mehrere Vereine und Assoziationen zur Verteidigung des Amazonas gegründet wurden, von Leuten, die nicht einmal wussten, wo der Amazonas liegt“ (CEBRES/ECEME 1991: 79–80).

Im selben Dokument finden sich auch Hinweise darauf, wie das Militär die indigene Bevölkerung sah. Sie seien „Waldbewohner*innen“ (*silvícolas*), die sich wie „Zysten“ breit machten (CEBRES/ECEME 1991: 78, 81–82.). Die indigene Bevölkerung als Waldbewohner*innen zu sehen, die am besten in Schutzgebieten angesiedelt werden sollten, verweist auf eine Naturalisierung und Entmenschlichung ebendieser Gruppen. Soziale, politische und kulturelle Rechte sprach das Militär ihnen ab. Die Verwendung des Wortes „Zysten“ bezieht sich in biologischer Analogie auf Krebszellen, die das Leben des Organismus (der brasilianischen Nation) verunreinigen, was im weiteren Sinne nichts anderes bedeutet, als sie zu entfernen.

Unter den zahllosen Auswirkungen dieses Diskurses auf das politische Handeln Gleichdenkender ist die Eskalation der Gewalt hervorzuheben, wie z.B. das Massaker an Mitgliedern der indigenen Bevölkerungsgruppe

der Yanomami durch Bergarbeiter*innen im Juli 1993. Auf die Frage, ob er an die These von der „Internationalisierung des Amazonas“ glaube, erklärte der damalige Verteidigungsminister Zenildo Lucena 1993:

„Das ist eine unserer Sorgen. Der Reichtum des Amazonas begründet diese Sorge. Das Interesse an dieser Region ist groß. Hier lagern die größten Mineralvorkommen der Welt, das zeigt die Präsenz der Garimpeiros (handwerkliche Bergarbeiter*innen) (...). Die Debatte um die Yanomami als eine Nation ist sehr gefährlich. Die Nation ist die brasilianische Nation. Wir müssen vorsichtig sein. Der Fall Bosnien beweist das.“ (*Folha de São Paulo*, 27.08.1993).

Etwa zehn Jahre später wurde im Jahr 2001, im Rahmen der Liberalisierung der Wirtschaft durch die Regierung von Fernando Henrique Cardoso, eine militärische Spionagebasis in Marabá, im Süden des Bundesstaates Pará, entdeckt. In geheimen Operationen wie der „Operation Fisch“ oder „Operation Poseidon“, spionierte das Militär soziale Bewegungen, Gewerkschaften, politische Parteien und NGOs aus, vor allem die landlosen Bewegung (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*, MST), den Gewerkschaftsdachverband (*Central Única dos Trabalhadores*, CUT), die Arbeiter*innenpartei (*Partido dos Trabalhadores*, PT) und Umwelt-NGOs (*Folha de São Paulo* 2001, *Folha de São Paulo* 2001a). Einige Jahre später, unter der Regierung von Luís Inácio Lula da Silva (2003–2011), führte die Einführung des indigenen Territoriums *Raposa Serra do Sol* im nördlichen Bundesstaat Roraima zu Konflikten zwischen Viehzüchter*innen und indigenen Gruppen. Der Mythos einer internationalen Verschwörung bestimmte auch in diesem Konflikt die Medienberichte. Die Zeitschrift *Isto É* titelte am 28. Mai 2008: „Amazonien: Die Souveränität steht auf dem Spiel. Vorschläge zur Internationalisierung von Brasiliens größtem grünen Schatz sind in der Weltgemeinschaft auf dem Vormarsch. Das erfordert eine dringende Antwort“ (*Isto É* 2008). Arnaldo Jabor, Kommentator einer der wichtigsten TV-Nachrichtensendungen dieser Zeit, *Jornal Nacional de TV Globo*, nimmt die postkoloniale Kritik der Militärs an der Anerkennung indigener Bevölkerungsgruppen als eigene „Nationen“ innerhalb der brasilianischen Gesellschaft auf:

„Gibt es außer der einen brasilianischen Nation noch andere, indigene Nationen? Nationen existieren nicht wie Flüsse und Berge, sondern werden politisch konstruiert. Es ist ein absoluter Wahnsinn, uns in mehrere Nationen aufzuteilen: Indianer (sic), Schwarze, weniger Brasilianer*innen. Eine solche Trennung fördert nur NGOs, internationale

wie lokale, die die Trennung ausnutzen, um sich Geld und Kontrolle anzueignen“ (Jornal Nacional da TV Globo, 18.04.2008).

Die Beispiele reaktionärer Positionen und Handlungen des Militärs und rechter Eliten der Amazonasregion in Bezug auf Umweltschutz und die Anerkennung indigener Rechte seit Ende der Re-Demokratisierung in den 1980er Jahren – unterstützt durch konservative Medien – belegen die Persistenz anti-ökologischer und anti-indigener Einstellungen in der brasilianischen Gesellschaft. Bis vor wenigen Jahren waren diese Einstellungen vor allem auch aufgrund der Debatten um nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte auf internationaler Ebene marginalisiert. Sie wirkten anachronistisch und erlangten nur regional und selektiv Dominanz. Heute, unter veränderten innerstaatlichen und internationalen politisch-ökonomischen Bedingungen, werden sie zunehmend auch auf zentralstaatlicher Ebene dominant.

Mit diesen und anderen ideologischen Äußerungen beschwören rechte und konservative Kräfte eine Bedrohung der nationalen Souveränität. Hierfür konstruieren sie eine Einheit zwischen geographischem Raum, Territorium, Ort und Nation. Diese Einheit begründet einen Nationalstaat, der sich als Gegensatz zu ethno-kultureller Pluralität, Differenz und Vielfalt versteht. Nach innen agiert der so konstruierte exklusive Nationalstaat dann „nationalistisch“, wenn es um Themen wie die Verteidigung der Umwelt und der indigenen Völker geht. Nach außen agiert der dann „internationalistisch“, wenn es um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zum Zweck der Erhöhung von Staatseinnahmen und kapitalistischer Akkumulation geht.

Der Blick in die Geschichte zeigt einerseits, dass sich die anti-ökologischen und anti-indigenen Diskurse und politischen Maßnahmen der Regierung von Jair Bolsonaro bereits in den 1980er Jahren in konservativen Teilen der Gesellschaft herausbildeten. Zur offiziellen Staatspolitik wurden sie erst mit der Machtübernahme Bolsonaros und seinen Verbündeten: Akteur*innen, die wie der Präsident, in der Zeit der Diktatur sozialisiert und politisiert wurden. Andererseits sind die anti-ökologischen und anti-indigenen Politiken der Gegenwart auch ein Ergebnis der neoliberalen und *neo-developmentalischen* Wirtschaftsordnungen der 1990er und 2000er Jahre, in denen ein liberaler, marktorientierter Umweltschutz verstanden als ökologische Modernisierung hegemonial wurde. Dieser ebnete den Weg für die Deregulierung der Umweltpolitik und den Abbau von Umweltschutznormen und -gesetzen.

Vom liberalen Umweltschutz zum Anti-Ökologismus der Regierung Bolsonaro²

Die Herausbildung von zwei scheinbar unterschiedlichen, aber komplementären umweltpolitischen Paradigmen prägte die 1990er Jahre. Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro stand für Kooperation und das Ziel gemeinsamer regel- und normbasierter Lösungen in sich neu herausbildenden „Umweltregimen“. Die Verhandlungen zum GATT-Abkommen (*General Agreement on Trade and Tariffs*, GATT) 1993, die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1995 und der so genannte Washington Konsens begründeten hingegen eine neoliberalen, globale Wirtschaftsordnung basierend auf Liberalisierung, Konkurrenz und globalem Wettbewerb. In diesem Kontext setzen sich Ansätze eines liberalen, marktbasierteren Umweltschutzes durch. Nachhaltige Entwicklung bedeutete fortan die Harmonisierung von Ökologie und Ökonomie. Die Vorstellung der Vereinbarkeit von Umwelt und Wirtschaft kommt im Paradigma der „ökologischen Modernisierung“ zum Ausdruck. Umweltprobleme sollten fortan mit Marktmechanismen, technologischen Innovationen und Effizienz sowie der Partizipation von Betroffenen in neuen Governance-Modellen gelöst werden.

Beteiligungsverfahren, wie öffentliche Anhörungen bei der Vergabe von Umweltgenehmigungen, vorherige, freie und informierte Konsultationen, wie sie die ILO-Konvention 169 festgelegt oder Zertifizierungssysteme erschienen in den 1990er Jahren als Ausdruck eines demokratischen Brasiliens und partizipativen Umweltschutzes. Der liberale Umweltschutz, der sich auf das Management der negativen Umwelteffekte von Investitionen konzentrierte, subsumierte und disziplinierte jedoch schnell die Positionen kritischer Umweltaktivist*innen, die dazu neigten, in partizipativen Verfahren über Alternativen und eine sozial-ökologische Transformation nachzudenken. Aus einer sozial-ökologischen und Umweltgerechtigkeitsperspektive betonten kritische Umweltaktivist*innen den Zusammenhang zwischen ökologischen Krisen und sozialen Ungleichheiten basierend auf race, Klasse und Gender. Hiervon ausgehend formulierten sie alternative politische Vorschläge für einen sozial-ökologischen Wandel. Unzählige Bewegungen haben sich dem Widerstand derer angeschlossen, die von der Ausweitung des Bergbaus, der industriellen Landwirtschaft, des Großgrundbesitzes und vom Bau von Staudämmen betroffen waren. Doch nach und nach zeigte sich, dass Partizipation unter dem Paradigma der ökologi-

2 Teile dieses Abschnitts basieren auf den Beiträgen von Zhouri (2020) sowie Bronz, Zhouri und Castro (2020).

schen Modernisierung als den Entscheidungen nachgeordnete und instrumentelle Konsultation verstanden wird. Die Beteiligung beschränkte sich *ex post* auf Umweltbelastungen durch Großprojekte, deren Verwirklichung längst entschieden war. Betroffene konnten zwar an Diskussionen über Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen teilnehmen, eine Beteiligung am Planungsprozess war nicht vorgesehen.

Forderungen nach Fairness und Umweltgerechtigkeit wurden im Rahmen einer institutionalisierten Umweltpolitik zum Schweigen gebracht. Stattdessen kamen im Schein partizipativer Verfahren unterschiedliche Formen der Gewalt – von indirekter, „subtiler und schlechender“ (Nixon 2011) zu „offener und direkter Gewalt“ – zum Einsatz, mit denen ökologische Zerstörungen auch gegen den Widerstand von Betroffenen durchgesetzt wurden. Letztere zeigt sich in einer Zunahme gewaltvoller Vertreibungen und Umsiedlungen (Santos Teixeira et al. 2020). Zu den Formen indirekter oder subtiler Gewalt zählt eine systematische Deregulierung von Umweltstandards und -normen durch die Verabschiedung von Ausnahme- und Sonderregeln. Beispiele hierfür sind die Vergabe von Teilstörförderlizenzen im Bereich des Bergbaus oder die Zunahme von Auflagen bei der Vergabe von Umweltgenehmigungen mit denen eine Nicht-Genehmigung umgangen wird. Aber auch ein liberaler, auf technischen und marktbasierter Lösungen basierender Umweltschutz bedeutete Mehrkosten für Investor*innen, deren geplante Investitionsvorhaben mit Umweltzerstörungen einhergingen. Um diese Kosten so niedrig wie möglich zu halten und mit der Rechtfertigung aufeinanderfolgender Wirtschaftskrisen organisierten Wirtschaftseliten und Unternehmer*innenverbände des Landes in den 2000er Jahren eine breite politische Basis für eine weitreichende Flexibilisierung von Umweltstandards. Zentrale Begriffe, die von den Befürworter*innen einer solchen Deregulierung Verwendung fanden sind „Vereinfachung“, „Rechtssicherheit“ und „Vorhersehbarkeit“ (Bronz et al. 2020).

Mit der Wahl von Jair Bolsonaro im Jahr 2018 legten seine Unterstützer*innen aus den Bereichen des Agrobusiness, des Bergbaus und der Waffenindustrie die Hüllen ab und zeigten offen ihre Bereitschaft zur Gewalt. Bezeichnenderweise war die erste Amtshandlung der Regierung Bolsonaro die Verabschiedung eines Dekrets, mit dem sie der nationalen Vertretung der indigenen Bevölkerung, der FUNAI (*Fundação Nacional do Índio*), ihre Kompetenz zur Ausweisung schützenswerter, indigener Territorien entzog. In einem weiteren Dekret entzog sie der FUNAI die Verantwortung für die Vergabe von Umweltgenehmigungen für Vorhaben in indigenen Territorien. Diese werden seither vom Landwirtschaftsministerium vergeben, das vom Agrobusiness und der Agrarlobby kontrolliert

wird. Seither nimmt die Gewalt in den indigenen Gebieten zu. Die Zahl der ermordeten indigenen Anführer*innen war 2019 die höchste seit elf Jahren. Im Kontext der Covid-19-Pandemie haben Menschenrechtsverletzungen gegenüber der indigenen Bevölkerung weiter stark zugenommen. Sie sind mittlerweile Gegenstand von Klagen beim Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) (OAS 2020).

Auch Angriffe auf Umweltaktivist*innen und Umweltbehörden steigen. So werden das brasilianische Umweltbundesamt IBAMA (*Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveis*) und das Institut zum Schutz der biologischen Vielfalt ICMbio (*Instituto Chico Mendes de Conservação da Biodiversidade*) von Unterstützer*innen der Bolsonaro Regierung gerne als „Bußgeldfabriken“ diffamiert. Die Stigmatisierungen und Bedrohungen haben eine Atmosphäre der Angst und der Missachtung bestehender Umweltgesetze geschaffen. In dieser finden behördliche Kontrollen von Umweltauflagen kaum statt und nehmen Abholzung und bewaffnete Konflikte etwa zwischen informellen Goldschürfer*innen (*Garimpeiros*) und Indigenen zu. Mit einer Reihe von Gesetzen und Dekreten hat Bolsonaro die Umweltverwaltung auf allen politischen Ebenen systematisch geschwächt und umstrukturiert. Die Umweltinspektion unterstellte er der Vormundschaft des Militärs (Dekret Nr. 10.341), den Nationalen Rat zum Schutz des Amazonas (*Conselho Nacional da Amazônia Legal*) verschob er vom Umweltministerium ins Büro des Vizepräsidenten, das der Kontrolle eines Militärs, General Hamilton Mourão, untersteht (Dekret Nr. 10.239, 11.02.2020). Vor allem das wachsende Interesse an Bergbau in indigenen Gebieten im Amazonas erhöht den Druck auf diese Gebiete (Bronz et al. 2020).

In der Pandemie steigen in Brasilien die Abholzungsrate, der informelle Bergbau weitet sich aus und Umweltstandards werden weiter abgebaut. Im Mai 2021 verabschiedete das Parlament ein neues Umweltgenehmigungsgesetz, wie es Unternehmensverbände, die Agrar- und Bergbaulobby seit 2004 fordern. Umwelt- und indigene Organisationen sowie Wissenschaftler*innen kritisieren das Gesetz stark (*Associação Brasileira de Antropologia* 2021). Mit dem Argument, dass die Dauer der Erteilung von Genehmigungen potenzielle Investor*innen abschrecke, schlägt das neue Gesetz eine Entbürokratisierung der Genehmigungsverfahren sowie die Befreiung bestimmter Projekte von der Pflicht zur Einholung einer Umweltgenehmigung vor. Insgesamt werden 13 Projekttypen von der Umweltgenehmigungspflicht befreit, neue Arten von vereinfachten und begleitenden Genehmigungen sowie Selbsterklärungsgenehmigungen sollen die Verfahren beschleunigen. Darüber hinaus gilt die Genehmigungspflicht nur noch für bereits anerkannte und ausgewiesene indigene Terri-

torien und *Quilombola*-Gebiete. Damit eröffnet das Gesetz Investor*innen die Möglichkeit zur Naturausbeutung in all jenen indigenen und *Quilombola*-Gebieten, die sich noch im Prozess der rechtlichen Anerkennung befinden.

Unterdessen ermittelte die Bundespolizei in einem vom Bundesgerichtshof eingeleiteten Verfahren gegen den ehemaligen Umweltminister Ricardo Salles wegen illegalem Holzhandel und Korruption (g1-globo 2021). Auf seine Versprechen beim Klimagipfel in den USA im April 2021, Brasilien bis zum Jahr 2050 in die Klimaneutralität zu führen und die illegale Abholzung bis 2030 zu beseitigen, folgten widersprüchliche Taten. Am Tag nach seiner Rede in den USA verkündete die Regierung eine drastische Kürzung des Budgets für Umweltschutzmaßnahmen und setzte das niedrigste Budget für dieses Ressort seit 21 Jahren fest. Im Juni 2021 musste Salles aufgrund der Korruptionsvorwürfe sein Amt niederlegen (tagesschau 2021).

Fazit

Anti-ökologische und anti-indigene Positionen und Stimmungen sind in Brasilien nicht neu. Sie bestimmen nicht erst seit der Wahl Bolsonaros die politischen Diskurse und Entscheidungen auf nationaler Ebene. Vielmehr sind sie seit Jahrzehnten tief in rassistischen und neoliberalen Weltbildern und Identitätspolitiken einer weißen Oberschicht und dem einflussreichen Militär verankert. In diesem Text habe ich zunächst Dokumente, Zeitungsartikel und öffentliche Äußerungen von Militärs und Politiker*innen aus den nördlichen Regionen Brasiliens mit dem Ziel analysiert, anti-ökologische und anti-indigene Positionen in der Geschichte Brasiliens zu identifizieren. Ich habe gezeigt, dass solche Positionen die umweltpolitischen Diskussionen in Brasilien in den 1980er Jahren stark bestimmten. In dieser Zeit überlagerten sich innere und äußere Wandelprozesse und beeinflussten sich wechselseitig: Re-Demokratisierung, Globalisierung, Liberalisierung der Wirtschaft und aufkommende Debatten um nachhaltige Entwicklung.

Als in den 1990er Jahren die Debatten um nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz global und in Brasilien wachsende Bedeutung erlangten, erschienen die reaktionären anti-ökologischen und anti-indigenen Positionen als anachronistisch, als Erbe der Diktatur, das bald überwunden sein würde. Dass es so nicht ist, belegt die reaktionäre und neoliberalen Reformpolitik der Regierung Bolsonaro in den Bereichen Umwelt und indigener Rechte.

Nach mehr als zwei Jahren Amtszeit von Bolsonaro wird deutlich, dass die anti-ökologischen und anti-indigenen Diskurse wirksam geworden sind. Sie zeigen sich im politischen Handeln und institutionalisierten Machtverschiebungen. Anhänger*innen einer zerstörerischen Umweltpolitik und rassistischen und chauvinistischen Politik haben ihre Sichtweisen viele Jahre als Opposition und aus einer Minderheitenposition heraus im Kongress vertreten. Heute repräsentieren sie den Staat als Minister*innen oder in anderen wichtigen staatlichen Funktionen. Die Beziehungen zwischen dem Staat und der indigenen und afrobrasilianischen Bevölkerung sind auf einem Tiefpunkt. Die bereits umgesetzten Reformen bezüglich der FUNAI lassen sich als eine Restrukturierung dieser Beziehungen „von oben“ verstehen. Als Teil dieser Restrukturierung wird gefordert, die brasilianische Position gegenüber der ILO-Konvention 169 zum Schutz indigener Völker zu überprüfen. Die Lage ist angespannt und wirft Fragen über die Richtung der Demokratie in Brasilien auf.

Die Erosion umwelt- und menschenrechtspolitischer Normen und Ziele beginnt in Brasilien aber nicht erst mit dem Wahlsieg von Bolsonaro. Vielmehr haben 20 Jahre liberaler Umweltschutz den Weg hin zu einem Anti-Ökologismus geebnet, der heute im Zweifel auch mit Gewalt durchgesetzt wird. In den Jahrzehnten liberaler Umweltschutzpolitik erfolgte die Erosion primär mittels „langsamer und subtiler Gewalt“. Diese artikulierte sich in der Inszenierung von Konsultation als demokratische Partizipation und den subtilen Mechanismen der Disziplinierung von Kritik durch Instanzen der Konfliktbearbeitung (Nader 1994; Zhouri 2014). Heute dominieren offene Formen der Gewalt. Die Durchsetzung von Naturausbeutung und -inwertsetzung mittels direkter und offener Gewalt wie Verdrängungen, Vertreibungen, Bedrohungen bis hin zur Ermordung von Aktivist*innen stellt nicht nur einen Angriff auf verfassungsmäßige Rechte, sondern auf das Leben insgesamt sowie vor allem der indigenen und afrobrasilianischen Gemeinschaften dar. Aber trotz der verschiedenen Formen von Gewalt, die die multiplen Krisen konfigurieren, überleben und widersetzen sich indigene und afrobrasianische Gemeinschaften nicht nur, sondern entwickeln auch heute emanzipatorische und dekoloniale Gesellschaftsentwürfe, basierend auf alternativen, nicht-ausbeuterischen Vorstellungen vom Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur.

Übersetzung: Mena Bröker und Kristina Dietz

Literatur

- Albert, Bruce (1996): O Massacre dos Yanomami de Haximu, in Ricardo, Carlos Alberto (Hg.) *Povos Indígenas do Brasil 1991–1995*, São Paulo: Instituto Sócio-Ambiental, 203.
- Anderson, Benedict (Hg.) (1991): *Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism*, Revised Ed., London: Verso.
- Associação Brasileira de Antropologia (2021): *Síntese do parecer técnico-científico sobre proposta de votação da Nova Lei Geral do Licenciamento Ambiental (Projeto de Lei 3.729/2004)*, [http://www.abant.org.br/files/20210511_609a75f281579.pdf], letzter Aufruf 29.09.2021.
- Banco Mundial (2008): *Licenciamento ambiental de empreendimentos hidrelétricos no Brasil: uma contribuição para o debate: relatório síntese*. Brasília, DF: Banco Mundial.
- Bronz, Deborah; Zhouri, Andréa; Castro, Edna (2020): Apresentação: Passando a boiada: violação de direitos, desregulação e desmanche ambiental no Brasil, in: *Antropolítica: Revista Contemporânea de Antropologia*, 49, 8–42.
- Burchardt, Hans-Jürgen; Dietz, Kristina (2014): (Neo-)Extractivism – A new challenge for development theory from Latin America, in: *Third World Quarterly*, 35, 468–486.
- Burchardt, Hans-Jürgen; Dietz, Kristina; Warnecke-Berger, Hannes (2021): Dependency, Rent and the Failure of Neo-Extractivism, in: Madariaga, Aldo; Palestini, Stefano (Hg.): *Dependent Capitalisms in Contemporary Latin America and Europe*, Cham: palgrave macmillan, 207–229.
- CEBRES & ECEME (1991): *A Amazônia Brasileira*. Cadernos de Estudos Estratégicos. Simpósio CEBRES-ECEME, 1, outubro.
- Chauí, Marilena de Souza (1979): Os trabalhos da Memória, in: Bosi, Ecléa (Hg.): *Memória e Sociedade. Lembrança de Velhos*, São Paulo: TAG, XVII-1.
- Das, Veena; Poole, Deborah (2008): El Estado y sus márgenes: etnografías comparadas, in: *Revista Académica de Relaciones Internacionales*, 8, 1–39.
- Folha de São Paulo (1993): Golpe não interessa aos militares, diz Zenildo. Em entrevista exclusiva, Ministro do Exercito afirma que reserva Yanomami é „área demais para pouco índio“. *Caderno Brasil*, 1–8, 27.08.1993, <https://acervo.folha.com.br/leitor.do?numero=12163&keyword=Lucena&anchor=4862180&origem=busca&originURL=&pd=b78a8351e8e0c59ed953f261e3691d82>, letzter Aufruf 4.10.2021.
- Folha de São Paulo (2001): *Exército espiona sem-terra desde 1998*, , A8
- Folha de São Paulo (2001a): *Amazônia é pretexto para espionar ONGs*, A6
- g1-globo (2021): *STF começa a analisar o pedido da para investigar Salles*, [<https://g1.globo.com/jornal-nacional/ganoticia/2021/04/16/stf-comeca-a-analisar-o-pedido-da-pf-para-investigar-salles.ghtml>], letzter Aufruf 23. 04. 2021.
- Isto É (2008): *Amazônia: a soberania está em xeque*, [https://istoe.com.br/4261_AMAZONIA+A+SOBERANIA+ESTA+EM+XEQUE/], letzter Aufruf 29.09.2021.

- Jornal Nacional da TV Globo (2008): *Jabor defende General Heleno*, [<https://www.youtube.com/watch?v=hXvMHRZPWbM>], letzter Aufruf 29.09.2021.
- Krenak, Ailton (2019): *Idéias para adiar o fim do mundo*, São Paulo: Cia das Letras.
- Laschefska, Klemens, Zhouri, Andréa (2019): Povos indígenas, comunidades tradicionais e meio ambiente: a "questão territorial" e o novo desenvolvimentismo no Brasil, in: *Revista Terra Livre*, Vol. 1, number.52, pp.278 – 322.
- Leite Lopes, José Sérgio (2006): Sobre processos de "ambientalização" dos conflitos e sobre dilemas da participação, in: *Revista Horizontes Antropológicos*, 12, 31–64.
- Mestrinho, Gilberto (1994): *Amazônia. Terra Verde, Sonho da Humanidade*, São Paulo: Editora Três.
- Nader, Laura (1994): Harmonia coerciva: a economia política dos modelos jurídicos, in: *Revista Brasileira de Ciências Sociais*, 9, 18–29.
- Nixon, Rob (2011): Introduction, in: Nixon, Rob: *Slow violence and the environmentalism of the poor*, Cambridge: Harvard University Press, 1–44.
- OAS (2020): *Comissão interamericana de direitos humanos. Resolução 35/ 2020*, [<https://www.oas.org/es/cidh/decisiones/pdf/2020/35-20MC563-20-BR-PT.pdf>], letzter Aufruf 29.09.2021.
- Pacheco de Oliveira, João (1990): Segurança das Fronteiras e o Novo Indigenismo: formas e linhagens do Projeto Calha Norte. *Antropologia e Indigenismo*, Rio de Janeiro, v. 1, p. 15–22.
- Pollak, Michel (1989): Memória, esquecimento e silêncio, in: *Revista Estudos Históricos*, 2, 3–15.
- Roitman, Janet (2016): Crisis. *Political Concepts: a Critical Lexicon*, in: *Political Concepts*, [<https://www.politicalconcepts.org/roitman-crisis/>], letzter Aufruf 29.09.2021.
- Santos Teixeira, Raquel Oliveira; Zhouri, Andréa; Dias Motta, Luana (2020): Os estudos de impacto ambiental e a economia de visibilidades do desenvolvimento, in: *Revista Brasileira de Ciências Sociais*, 36, 1–18.
- Tagesschau (2021): *Brasiliens Umweltminister räumt Posten*, [<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/brasilien-ruecktritt-umweltminister-salles-101.html>], letzter Aufruf 29.09.2021.
- Verdum, Ricardo. (2007): Infra-estrutura e políticas territoriais do Brasil no contexto da interação sul-mericana. *Megaproyectos en América Latina*, [www.megaproyectos.org/conceptos], letzter Aufruf 29.09.2021.
- Vigh, Henrik (2008): Crisis and Chronicity: Anthropological perspectives on continuous conflict and decline, in: *Ethnos*, 73, 5–24.
- Zhouri, Andréa (2006): O ativismo transnacional pela Amazônia: entre a ecologia política e o ambientalismo de resultados, in: *Revista Horizontes Antropológicos*, 12, 139–169.
- Zhouri, Andréa (2010): "Adverse Forces" in the Brazilian Amazon: Developmentalism Versus Environmentalism and Indigenous Rights, in: *Journal of Environment and Development*, 19, 252–273.

Zhouri, Andréa; Valencio, Norma (Hg.) (2014): *Formas de matar, de morrer e de resistir: limites da resolução negociada de conflitos ambientais*, Belo Horizonte: Ed. UFMG, 79–94.

Zhouri, Andréa (2020): Da Desregulação à Desconstrução Ambiental: Violências e Lutas Territoriais, in: da Silva, Rubens Alves et al (Hg.): *Patrimônio, informação e mediações culturais*, Belo Horizonte, SC: Universidade Federal de Minas Gerais, 527–550.

